

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Verantwortl. Hr. 224

Mit der unentgeltlichen Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Verantwortl. Hr. 224]

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Bohlenstraße Nr. 80/82, und die Post zu beziehen. — Preis vierteljährlich M. 1.60. Monatlich 50 Pf. — Postanweisung Nr. 4069, letzter Nachzug.

Die Anzeigengebühren betragen für die vierzehntägige Beizeile oder deren Raum 15 Pf. für Verammlungen, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pf., auswärtige Anzeigen 20 Pf. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 2 Uhr Mittags, spätere tags vorher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 263

Dienstag, den 8. November 1904.

11. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

## Russland und Japan.

Die baltische Flotte hat, anscheinend unter freundlicher Begleitung von vier englischen Linien Schiffen, Tanager verlassen. Man wird ihr also kein Haar krümmen. Sie kann vielmehr jetzt wieder ruhig auf unschuldige Fischerboote schießen.

Der Londoner „Standard“ schreibt, die Verhandlungen zwischen Russland und England nehmen guten Fortgang; es sei kein Grund vorhanden, über den Ausgang besorgt zu sein. Wie aber in London verlautet, werde die von Russland angebotene Entschädigung von einer Million Rubel für unzureichend befunden, da fünfzig Fischerboote, die sich auf der Doggerbank befunden hatten, auf Schaden untersucht werden mußten. Darüber wird man sich aber auch wohl schon einig werden.

Eine sensationelle Meldung über Port Arthur kommt aus London. „Daily Telegraph“ erzählt aus Tschifu, daß die Japaner die Wege und Schanzen vor Port Arthur bis auf 300 Meter an die Forts Utschan und Sangschuan besetzt und die Batterie B des Erlungshanforts erobert hätten. Sie lägen jetzt aber sehr unglücklich auf dem Glacis direkt vor den Forts verschanzt. Ihre Absicht sei, eine Stellung zu gewinnen, die ihnen ermöglichte, die Schiffe aus dem Hafen zu vertreiben. Es wird weiter berichtet, die Japaner seien in die Chinesenstadt eingedrungen, wo sie sich eiligst verschanzt hätten. Sie sollen 1 1/2 Kilometer von der eigentlichen Stadt eingegraben liegen, doch bedarf diese Nachricht noch der Bestätigung. Ein Berichtshalter erzählt, der Kaiser habe zwar General Stöfel völlig freie Hand gelassen, doch könne Stöfel die Mitteilung darüber nicht überhandt werden. — Die Londoner Abendblätter veröffentlichten ein Petersburger Telegramm, wonach General Stöfel dem Kaiser telegraphierte, er habe seinen letzten Versuch gemacht, die Forts im Osten und Nordwesten zu halten und schied sich an, nach der Liaotung Tagerinseln, Halbinsel mit 10 000 Soldaten und Matrosen sich zurückzuziehen. Selbst die goldene Aue werde preisgegeben werden. Von den Kriegsschiffen auf der See sei nur „Bobjeda“ über Wasser, die übrigen sind gesunken. „Reiwisan“ verbrannte; mehrere Kranke und Verwundete kamen um. — Wie sehen in die Richtung dieser Meldung starke Zweifel, trotzdem dieselbe auch durch eine Reuters Depesche in der Hauptsache bestätigt wird. Nach einer weiteren Depesche soll es dem britischen Dampfer „Victoria“ gelungen sein, die Blockade von Port Arthur mit voller, aus Rindfleisch bestehender Ladung zu durchbrechen. Auch hier bleibt eine einwandfreie Bestätigung abzuwarten.

## Politische Standpunkte.

Druckdruck

**Zentrum und Reichstagswahlrecht.** Wie wir am Sonnabend bereits mitteilten, dementiert die „Germania“ die Behauptung, das Zentrum sei bereit, Dänen gegen Wahlrechtsverschlechterungen einzutauschen. In diesem Dementi wird das Blatt unterstützt durch die „Märkische Volkszeitung“, die aber bei dieser Gelegenheit einen außerordentlich interessanten Beitrag von der Auffassung des Zentrumsabgeordneten vom Wahlrecht liefert. Man höre: „Wir wissen es nicht, aber wir nehmen an, daß er (v. Bethl.) vielleicht einmal mit einem Zentrumsabgeordneten über die Mühe und Plage der Aufstellung neuer Wählerlisten für Nachwahlen während der Legislaturperiode gesprochen hat. Da mag ihm der Zentrumsabgeordnete recht gegeben haben, daß es bequemer wäre, wenn feste Wählerlisten aufgestellt würden und nicht jeder in die Liste neu aufgenommen zu werden brauche, der noch nicht sechs Monate am Orte gewohnt hat. Eine solche Meinungsäußerung wäre doch noch kein Verbrechen und keine Quertreiberei gegen das Wahlrecht. Wenn aber Freiherr von Bethl. daraus geschlossen haben sollte, daß das Zentrum nun diese oder andere Kompensationen zu bewilligen geneigt sei, so irr er eben.“ — Wir sind nicht so naiv, wie die „Märk. Volkszeitg.“, daß wir eine derartige Äußerung als eine Herablassung auffassen. Wäre man in der Lage, die Gedanken eines Menschen mittels Röntgenstrahlen feststellen zu können, dann würde sich bei Anwendung dieser Methode an Zentrumsabgeordneten zweifellos ergeben, daß sie ohne Ausnahme für eine Verschlechterung des Wahlrechts zu haben sind. Eine weitere Unterlage zu dieser Annahme bietet uns die oben zitierte Äußerung des Zentrumsabgeordneten. War der Antrag, daß eine Verschlechterung des Reichstagswahlrechts für das Zentrum auch eine Beschränkung, wenn nicht gar

Beseitigung seiner Nachstellung bedeuten würde, hält es von offenen Angriffen auf dieses höchste Volksrecht ab.

**Reserveoffizier und Sozialdemokratie.** Die Meininger Doktorfrage, ob ein Reserveoffizier mit Sozialdemokraten zusammen an einem Tische sitzen könne, ist erledigt. Der Ehrenrat hat, wie der „Staatsbürger-Zeitung“ geschrieben wird, erkannt, daß kein Grund zur Einleitung eines ehrengerichtlichen Verfahrens vorliegt. — Wenn jetzt nur nicht auch dieses Ehrengericht vor ein anderes, minder vorurteillos gestelltes wird!

**Die Rechnung.** Der neue Nachtragsetat, der dem Reichstage demnächst infolge des Aufstandes in Südwestafrika zugehen wird, verlangt vorläufig 86 Millionen. — Fortsetzung wird also folgen! Wer weiß, ob sich dieselbe nicht noch zu dem bekannten dicken Ende gestalten wird.

**Als einen bedauerlichen Einzelfall** versucht man jetzt die antisemitische Kennzeichnung eines Juden in einem Stechbrief hinzustellen. Die „Hart. Ztg.“ erzählt von zuständiger Stelle, daß der genannte Vermerk durch das Versehen eines Bureaubeamten ohne Kenntnis des zuständigen Departements der Königsberger Staatsanwaltschaft unter der Rubrik: „Besondere Kennzeichen“ aufgenommen ist. — Hoffentlich werden aus diesem einen nicht noch mehr „bedauerliche Einzelfälle.“

**Noch ein Hungerschei.** Der Notstand auf der Kurischen Nehrung, von dem wir kürzlich berichtet haben, ist nicht nur noch nicht überwunden, er scheint sich vielmehr noch weiter auszudehnen. Jetzt kommen auch aus Pillkopen bittere Klagen und Hilferufe. Ja Pillkopen ist die Fischerbevölkerung noch ärmer als in Ridden und namentlich fehlen dort die Einnahmen aus dem Fremdenverkehr, deren die anderen Nehrungsörter im Sommer sich erfreuen dürfen. Die Bevölkerung von Pillkopen hat nun ebenfalls an die Hilfe der Regierung appellieren müssen. Am Donnerstag weilte der Landrat des Kreises Fischhausen in Pillkopen. — Solche Hungerscheie beweisen, auf welcher „hohen“ Kulturstufe Preußen-Deutschland steht. Für afrikanische Sandwüsten verpulvert man Millionen über Millionen Mark, während im eigenen Lande brave Menschen Hunger leiden müssen.

**Nette Ausfichter.** In der nächsten Woche wird der Bundesrat die Beratung des Reichsetats für das nächste Jahr in Angriff nehmen. Inzwischen verlautet jetzt schon, daß der Fehlbetrag dieses Etats, das sogenannte Defizit, d. h. die Summe, um welche die Ausgaben die Einnahmen übersteigen, größer sein sollen als je zuvor. Man erzählt, wie der „Frankfurter Ztg.“ aus Berlin berichtet wird, es sei der schlechteste Etatsabschluss seit sieben Jahren, obgleich gleichzeitig versichert wird, daß in allen Rifforts, auch in der Heeres- und Marineverwaltung, man die Ausgaben auf das äußerste beschränkt habe. — Da wird wohl weiter nichts übrig bleiben, als einen neuen Pump aufzunehmen. Die Finken hierfür hat dann das Volk in Gestalt von Biersteuern z. aufzubringen. Ja, es ist eine Last, Deutscher zu sein!

**Taube Rüsse** machte Freitag das preussische Abgeordnetenhause, indem er sich mit einem gegen das Scherliche Spar- und Spielprojekt gerichteten Antrag der freisinnigen Volkspartei beschäftigte. Ja Verbindung damit wurde dann ein von dem nationalliberalen Abgeordneten Fritsch, dem früheren Unterstaatssekretär im Reichspostamt, eingebrachter Antrag beraten, der sich zwar gegen das Scherliche Prämienystem wendet, aber dafür die Einführung der schon früher einmal vom Reichstag abgelehnten Postsparrasse empfiehlt. Der freisinnige Antrag wurde nach der „A. B.“ vom Abg. Fischbeck begründet, der auf die Einzelheiten des Scherlichen Projekts einging und es schieflich bedauerte, daß die Regierung sich gegen dieses Projekt, das aus dem Sparrer einen Spieler machen wolle, nicht grundsätzlich ablehnend verhalten habe. Nachdem auch Abg. Fritsch seinen Antrag begründet hatte, rühmte der Minister von Hammerstein den edlen Sparrtrieb, der gerade bei den kleinen Leuten noch ganz besonders gefördert werden müsse, weshalb das Ministerium geglaubt habe, das Scherliche Projekt nicht ohne weiteres ablehnen zu dürfen. Nach dem Rücktritt Scherls sei jedoch die Sache nicht mehr aktuell; weshalb wolle da der Landtag für die Zukunft bindende Beschlüsse fassen? Nachdem noch der freikonservative Landrat v. Wohna Herr Scherl einen wahren Pamphletus gewidmet und dabei auch die „Verdienste Scherls um die Bekämpfung der Sozialdemokratie“ nicht vergessen hatte, zogen die Abgg. Fritsch und Fischbeck ihre Anträge als gegenstandslos zurück. Man hatte also taube Rüsse getradt. Interessant aber war es immerhin, daß sich sogar die Konservativen entschieden gegen Scherl erklärten, so daß Augusts Spiel- und Sparprojekt im preussischen Parlament nur ein paar ganz vereinzelte Anhänger gefunden hat, während das preussische Staatsministerium, wie ja aus der Rede Hammersteins deutlich hervorging, noch immer geneigt ist, gelegentlich wieder einen

Versuch mit der Monopolisierung der Sparrassen zu machen. Ob nun das Projekt Scherls oder das des Abgeordneten Fritsch verwirklicht werden soll, das was die Regierung tatsächlich im Auge hat, ist eben die Monopolisierung des Sparwesens. Sie will jeden zurückgelegten Pfennig der Kleinen und kleinsten Leute in der Tasche haben, womit sie das Wohl und Wehe jedes einzelnen aufs engste von dem des bestehenden Staats abhängig macht und sich gleichzeitig große Massen flüssiger Gelder verschafft. Ein Staatsbankrott wäre dann auch ein Bankrott sämtlicher Sparrer. Während man also die gründliche Ausbeutung der Kleinen Leute im Auge hat, gebärdet man sich mit einer geradezu widerwärtigen Heuchelei als selbstloser Menschenfreund, der auch den Verarmten unter den Armen die Wohltaten der Sparrbüchse zugänglich machen will. Das Sparen mag ja an sich ganz schön sein, aber bevor man sparen kann, muß man erst etwas zum Sparen übrig haben. Man braucht indessen nur die Steuerlisten durchzusehen, um zu finden, daß in Deutschland der weitaus größte Teil der Bevölkerung ein Einkommen hat, das nicht einmal zur Befriedigung der notwendigen Lebensbedürfnisse ausreicht. Wo man von der Hand in den Mund lebt, wo man nichts zum Sparen übrig hat, muß daher jeder ersparte Groschen von dem abgezogen werden, was man in den Mund frist. Hier bedeutet also jedes Sparen eine Verschlechterung der Lebenshaltung, eine Verflümmung des Nachwuchses, eine allgemeine Degeneration. Es ist geradezu ein Hohn auf das Glend der Besitzlosen, ihnen anzupfehlen, sich nicht mehr satt zu essen, um sparen zu können.

**Zu den Kaiserparaden auf dem Großen Sand bei Mainz** wird der „Zukunft“ aus Offizierskreisen geschrieben: „Woher kommen die Gelder, die sie kosten? Umsonst ist nichts auf der Welt, also auch keine Parade, zu der ein großer Teil der Truppen erst herbeigeschafft werden muß. Ein früherer kommandierender General, der die Parade auf dem Großen Sand zu veranstalten hatte, hat in Berlin — so erzählt man sich wenigstens in militärischen Kreisen — um die Anweisung von etwa 23 000 Mark, erhielt sie aber nicht, weil für solche Zwecke Gelder nicht flüssig seien. Aus den Rippen konnte und wollte er sie sich aber nicht schneiden; und der Befehl, die Parade vorzubereiten, blieb doch in Kraft. Was tun? Man sagt, die Gesechts- und Schießgelder seien benutzt worden; die Gelder, die der Reichstag alljährlich für die Ausbildung unseres Heeres im Gesechts- und Schießdienst bewilligt und die in recht erheblichen Beträgen den einzelnen Armeekorps überwiesen werden. Diese Annahme hat sehr viel für sich. Vor allem spricht dafür der Umstand, daß in den letzten Jahren regelmäßig der Kaiserparade auf dem Großen Sand eine größere oder kleinere Gesechtsübung voranging, durch die aller Wahrscheinlichkeit nach die Gesechts- und Schießgelder für die Parade liquide gemacht werden sollten. Läßt diese Vermutung zu, so würden — wenn auch nicht dem Wortlaut nach, aber tatsächlich — Gelder, die eine gründliche Ausbildung unserer Korps im Felddienst ermöglichen sollen, dieser äußerst wichtigen Bestimmung zugunsten von militärischen Schaustellungen entfremdet, deren Bedeutung für die Vorbereitung des Heeres zum Kriegsdienst der Sachkundige kaum zu erkennen vermag. Dringend ist deshalb zu wünschen, daß der Reichstag sich aller Vertrauenslosigkeit entschlage, recht gewissenhaft kontrolliere und auch einmal den Gründen der Verquickung von Paraden und Gesechtsübungen nachforsche.“

**Eine Zivillistengeschichte.** Die neue Feststellung der Zivilliste des Königs von Sachsen sollte ursprünglich, wie die „Dresdener Zeitung“ von durchaus vertrauenswürdiger Seite erzählt, in der Weise erfolgen, daß die für König Georg vor zwei Jahren bewilligte Zivilliste gefordert und zu ihr die bisherige kronprinzliche Apanage geschlagen werden sollte. Die Doppelforderung gedachte man mit der starken Familie des Königs zu begründen. Sie scheiterte aber bereits in ihrem Vorstadium an dem entscheidenden Einspruch eines maßgebenden, der Regierung sehr nahe stehenden Mitgliedes der zweiten Kammer, in dem betont wurde, daß in Anbetracht der Finanzlage und Stimmung im Lande an eine Bewilligung der Forderung durch die zweite Kammer gar nicht zu denken sei. Der Einspruch ist also nur auf die Einsicht zurückzuführen, daß es vollkommen unmöglich sein würde, eine derartige Forderung durchzubrüden, ohne auf den energischsten Widerstand im Lande zu stoßen. Nachdem die in jeder Beziehung unbedingte Erhöhung der Zivilliste mit vollem Recht abgelehnt worden ist, wird jetzt von einem dem höchsten Hofe sehr ergebenen Blatte bemerkt: Es hat, wie wir wiederholen, niemals irgend eine maßgebende Stelle daran gedacht, dem Landtage eine Erhöhung der Zivilliste in irgend welcher Form vorzuschlagen. (?) Wir würden einen solchen Vorschlag auch für ungemein bedenklich erachtet haben, ebenso wie wir bei der Thronbesteigung des verstorbenen Königs Georg kein Fehl daraus gemacht haben, daß wir es lieber gesehen hätten, wenn es möglich gewesen wäre, damals von der Staatsrechtl. und tatsächl. (?) vollkommen

Begründeten Erhöhung der Billigkeit abzuheben. Wie wir wissen, hat sich aber König Georg mit der Erhöhung der Billigkeit besonders deshalb einverstanden erklärt, weil er sich der Notwendigkeit der Erhöhung nicht verschließen konnte und seinen Sohn nicht in die Zwangslage bringen wollte, sie seinerseits vorschlagen zu lassen. König Georg wollte das mit einer solchen Erhöhung verbundene Unangenehme (!) lieber selbst tragen. Angesichts der damaligen Vorgänge und ihrer Beweggründe liegt es für jeden Kundigen auf der Hand, daß jetzt keine mögliche Stelle an eine nochmalige Erhöhung der Billigkeit denken konnte. Dem Landtage wird denn auch ein Dekret zugehen, daß die Billigkeit in ihrer jetzigen Höhe festsetzt; die überflüssige Anlage des früheren Kronprinzgen fällt gleichzeitig weg. — Es bedarf keines Beweises, daß die Billigkeit sämtlicher deutschen Fürsten durchaus hoch genug sind, und daß eine Notwendigkeit, sie zu erhöhen, in keiner Weise begründet werden kann. Wir sind sogar überzeugt, daß, wenn der Zuschnitt an manchen Höfen minder kostspielig wäre, die Billigkeit der betreffenden Höfe sehr wohl eine Verminderung erfahren könnten.

**Die Verfassungsrevision in Württemberg.** Der württembergische Landtag ist Freitag zu einer entscheidenden Session zusammengetreten. Er hat die Aufgabe, eine neue gesetzliche Gestaltung für die Bezirksverwaltung zu schaffen, er hat auch wichtige Aufgaben innerhalb der Eisenbahnverwaltung zu erledigen und dergleichen mehr. Der Höhepunkt seiner Tätigkeit wird jedoch zweifellos die Beratung der Verfassungsrevision darstellen, der man im ganzen Lande seit geraumer Zeit mit Spannung entgegen sieht. Die vom König selbst verlesene Thronrede hat, wie Sonnabend schon kurz gemeldet, die Regierung auf ein bestimmtes Programm bereits festgelegt und damit einen Teil der Mängel geist, die jene politische Interessierten Kreise des Schwabenlandes in letzter Zeit beschäftigt haben. Der entscheidende Satz der Thronrede sagt darüber: „Meine Regierung ist bereit, auf der Grundlage des bestehenden Verfassungsrechtes eine Aenderung der Bestimmungen über die Zusammensetzung der Ständeversammlung in dem Sinne herbeizuführen, daß die Abgeordneten zur zweiten Kammer ausschließlich durch das allgemeine gleiche unmittelbare und geheime Wahlrecht berufen werden und zugleich die erste Kammer eine zeitgemäße Erneuerung erfährt.“ Die Regierung will also die zweite Kammer zur reinen Volkskammer machen. Es muß aber hierbei verlangt werden, daß mit der Abschaffung der Privilegierten und Ritterchaftsvertreter aus der zweiten Kammer auch eine zeitgemäße Umgestaltung und Verneuerung der Wahlweise Hand in Hand geht. Es ist ein Zustand, der heute bereits geradezu unerträglich und auf die Dauer unhaltbar ist, daß die Stadt Stuttgart mit nahe an 200 000 Einwohnern keine stärkere Vertretung hat, als eine andere Stadt mit 4000 Einwohnern oder ein ländlicher Bezirk mit wenig mehr Einwohnern. Wie sich die Regierung sodann zur zeitgemäßen Erneuerung der ersten Kammer der Ständeversammlung stellt, kann sie noch nicht verraten. Sie hofft, daß der in dieser Frage noch immer gültige Mangel der Gesetzgebung zu einem neuen und gerechtere Gestalt niederschlagen wird. Das weitere sagt die Thronrede: „Nicht haben freilich die in Jäher Mitte vorhandenen Meinungsverschiedenheiten heute über die zähere Gestaltung der Verfassung die erwünschte Beilegung nicht erfahren. Ich bin indessen der festen Zuversicht, daß die Stände des Landes, überzeugt von der dringenden Notwendigkeit der Reform, die Bemühungen meiner Regierung, um eine Verjüngung der Gesetzgebung in offener und freier Weise an das hohe Ziel selbst zu führen und daß sie durch ihre Entschlossenheit einen neuen geistlichen Vorzeichen, daß wir zu vernünftigen Entscheidungen sind, die Wege ebnen.“ Mit anderen Worten: Zuerst muß die Köpfe darüber noch eine Weile, bis ihr gesunden Verstand, auf welchem Wege sie für die Reform erwünschte Zweifelsmittel. Mehrheit zusammenbringen werden. Es ist nach dieser Thronrede zweifellos, daß die Regierung die Frage der radikalen Beilegung der ersten Kammer aus der Diskussion überhaupt ausschließen lassen werde. Obgleich es feststeht, daß die überwiegende Mehrheit des württembergischen Volkes und zwar nicht nur sozialdemokratische und sozialistische, sondern auch mehr rechtsstehende Kreise diese Art der Reform für das Zweckmäßigste halten werden. Es wird sich nunmehr bald herausstellen, welche Stellung die Parteien zu diesem Teil der Thronrede einnehmen werden und es wird dann anzunehmen sein, die Ausschüsse des Reichstages und die durch deren Ausschüsse geschaffene politische Lage einer allgemeinen Orientierung zu unterliegen.

**Aus dem Lande des Schullehrers.** In der letzten Sitzung des Breslauer Bezirksausschusses wurde ein Antrag der katholischen Schul- und Kirchenverbände zur Reorganisation der Schulen gegen den Dominikanerorden, früheren Provinzialoberen des Ordens Magnus auf Grund der von dem Reichsausschusse im Jahre 1883 (1884) an den Schullehrer-Verbandskongressen für den Zeitraum 1893, 1899 und 1901. Der Antrag, einer der reichsten Magnaten Schleichers, daß es, wie schon öfters, gesungen, in den Schullehrer-Verbandskongressen, und es auf eine Frage im Verbandskongressen gekommen ist. Auf Grund eines alten Beschlusses vom Jahre 1764 behauptet er, daß in der Schullehrer-Verbandskongressen von der Reorganisation der Schulen zu dem Schullehrer-Verband ist, daß es sich nicht um die Reorganisation der Schulen, sondern um die Reorganisation der Schulen handelt. Der Bezirksausschuss erwidert auf den Antrag, daß er nachstehend mit der Reorganisation der Schulen zu dem Schullehrer-Verband ist, daß es sich nicht um die Reorganisation der Schulen, sondern um die Reorganisation der Schulen handelt. Der Bezirksausschuss erwidert auf den Antrag, daß er nachstehend mit der Reorganisation der Schulen zu dem Schullehrer-Verband ist, daß es sich nicht um die Reorganisation der Schulen, sondern um die Reorganisation der Schulen handelt.

54 Jahre im Amte ist, 200 polnische Schüler allein zu unterrichten, und in Klein-Palast, Kreis Koschmin, in einem Lehrere, der 48 Dienstjahre hat, 202 polnische Kinder zur Erziehung für das Deutschtum anvertraut. — Solche elenden Zustände bilden einen der ärgsten Schandflecke des „folgen“ deutschen Reiches.

**Kleine politische Nachrichten.** Die württembergische Abgeordnetenkammer wählte den Volksparteiler Payer mit 81 von 87 Stimmen zum Präsidenten. Kiene (Zentrum) mit 78 Stimmen zum Vizepräsidenten. — Delcasse machte in der Kabinettsitzung die amtliche Mitteilung von dem Zustandekommen des Schiedsvertrages zwischen Frankreich und den Vereinigten Staaten. — Der italienische Wahlkampf zeitigte in Foggia (Apulien) ein Attentat. Als der Ex-Abgeordnete Mauro, von der Propagandareise zurückkehrend, die Station verließ, wurde er an einer dunklen Stelle der Straße von einem unbekannten Manne mit einem Dolch überfallen. Ein Eisenbahnarbeiter deckte seinen Kandidaten mit eigenem Leibe; er wurde verwundet. Der Attentäter entkam. — Von einem bei der Insel Molai ausgehenden englischen Dampfer „Innendale“ wurde die gesamte Besatzung von 21 Mann von eingeborenen Arabern ermordet. Da wird es wohl wieder einen Nachschuß geben.

**Rußland.**

**Ein verbächtiger Urlaub.** Der Minister des Innern, Fürst Swiatopolski-Mirski, hat aus „Gesundheitsrücksichten“ einen dreimonatigen Urlaub angetreten. Amlich wird noch mitgeteilt, daß im Ministerium des Innern vorläufig kein Empfang stattfinden. Fürst Reichskirchsky schreibt im „Grazhdanin“, er erwarte zu seinem Bedauern, daß Fürst Swiatopolski-Mirski das Ministerium des Innern verlassen werde. — Der neue russische Minister des Innern verstand sich sehr gut auf das Versprechen. Ob es aber auch immer gehalten wurde, steht auf einem anderen Blatt. Man geht wohl nicht fehl in der Annahme, daß der jetzt beurlaubte Minister manchen Kreisen zu milde in seinen Worten war; man will anerkennend seine Taten gar nicht erst abwarten. Deshalb die „Beurlaubung“.

**Noch mehr „Sühne“ für Rischikow.** Am 31. Oktober fand in Rischikow die Verhandlung wegen der Unruhen im Dorfe Rireni bei Rischikow am 22. April vorigen Jahres statt. Nur gegen 5 Angeklagte wurde eine Gefängnisstrafe von je sieben Tagen verhängt, die ihnen infolge der bei der Geburt des Thronfolgers erschienenen Kasseite erlassen wurde. Der Gerichtspräsident hat in Petersburg nachgesucht, daß die wenigen noch ausstehenden Prozesse wie in Homel öffentlich geführt werden.

**Oesterreich-Ungarn.**

**In den Unruhen in Jansbrud** wird noch gemeldet: Der Gemeinderat beschloß, die Schließung der italienischen Fakultät und Entferrnung des Statthalters, der eine blutbefleckte Hand habe, zu fordern. Dem Bürgermeister Greil, der erklärte, er habe an den Statthalter Worte gerichtet, wie sie auch nie in der Burg gesprochen worden seien, wurde volles Vertrauen ausgesprochen. Eine weitere Meldung besagt: Vor der Statthalterei kam es in der Nacht zum Sonnabend wieder zu Kundgebungen. Tausende schrien: Psi, Schwarzzeu! Abzug Schwarzenau! Barittene Landesfürsten sprengen die Krone ansetzen! Die Stimmung in Jansbrud ist furchtbar erregt. Während des Sonnabendvormittags herrschte Ruhe. Mittags begannen die Demonstrationen wieder. Die Gendarmerie mußte mit geladeten Revolvern vorgehen; sie wurde mit ehrenbehafteten Psai- und Abzugsrufen empfangen. Die Demonstrationen dauerten auch nachmittags fort. Wie der „Neuen Freien Presse“ aus Jansbrud gemeldet wird, wurde bei den Kundgebungen am Freitag ein Eisenbahnbeamter durch einen Bajonettschuss verwundet.

**Särmizere im niederösterreichischen Landtag.** Bei der Beratung des Landtagsantrages in der Nacht zum Sonnabend entstand ein erregter Wortwechsel zwischen dem Sozialen Seiz, welcher der einzige Sozialdemokrat im Landtag ist, und dem Christlichsozialen Schneider. Schneider ging mit erhobener Faust gegen Seiz los, wurde jedoch von den Anwesenden aufgehalten. Auf der Galerie wurden lebhafte Pfiffrufe gegen Seiz laut. Der Landmarschall ließ daher die Galerie räumen. Während der Beratung des Disziplinär-Antrages über die Angelegenheit Seiz-Schneider wurde die Sitzung unterbrochen. Nach der Wiederansetzung wurde der Beschluß des Ausschusses verlesen; Seiz und Schneider wurden von der Sitzung ausgeschlossen. Schneider verließ ruhig den Saal. Seiz rief, er werde jeden niederschlagen, der ihn lächlich angreife. Wegen dieser Anpreisung trat der Disziplinär-Ausschuss von neuem zusammen; er beschloß, Seiz aus der nächsten Sitzung auszuschließen. Hierauf wurde die Generaldebatte über das Budget beendet und die Sitzung geschlossen. — Der christlich-sozialen Födel treibt es, wie man sieht, ziemlich arg, jedoch läßt der reichste Reichsminister die Galle überlaufen lassen.

**Die Bergverwaltungskommission.** In ungarischen Abgeordnetenkammer begründete am Freitag Graf Tisza mit großer Umhuhe und leidenschaftlichen Worten der Opposition seinen Antrag auf Entlassung eines Ausschusses zur Revision der Gesetzgebung, um eine Einschränkung der Reichsregierung gewisse Maßnahmen zu befechtigen, die zur „Gesetzgebung“ des Parlamentarismus führten. Franz Kossuth erklärte, daß die Opposition zur Erhaltung der Reichsregierung sei, die durch die gegenwärtige Gesetzgebung gegeben sei, und sie mit allem Nachdruck verteidigen werde. In unmittelbarer Abweisung wurde der Antrag des Reichspräsidenten zur Rückberufung der Opposition mit großer Mehrheit angenommen. Psi!

**Frankreich.**

**Der hochgeehrte Kriegsminister.** Bei dem Kammerbesuch auf André am Freitag kam es zu einem sensationellen Zwischenfall. Während der Schlußdebatte über die Revision der Nationalität Syveton den Kriegsminister André und überraschte ihn. Er kam zu dem Entschluß, unter den Depulierten. Die Sitzung wurde suspendiert. Syveton wurde von der Versammlung nach dem Saal entlassen. Die Depulierten, die bei dem von Syveton hervorgerufenen Zwischenfall gegen waren, brachten, daß Syveton den

Kriegsminister mit solcher Festigkeit geschlagen habe, daß dessen Gesicht ganz angeschwollen war. André, der vor der Ministerkabine stand, sei von diesem unvermuteten Angriff überrascht gewesen und habe unter der Wucht der Schläge gewankt. Er fiel dem Ministerpräsidenten in die Arme, der aufgesprungen war, um dem Angegriffenen zu Hilfe zu kommen. Der Arzt des Palais Bourbon, der André verband, erklärte, von der Hand Syvetons allein könne der mit Blut unterlaufene Gesicht nicht herrühren; er lasse sich nur durch den Ring erklären, den Syveton an der Hand trage. Brisson benachrichtigte die Gerichtsbehörde von dem Vorgang in der Kammer. Nach dem französischen Strafgesetze kann der Nationalist sich auf eine mindestens zweijährige Haft gefasst machen. — Trotz — oder richtiger gesagt — infolge dieser niederträchtigen Tat siegte das Kabinet. Die Kammer nahm die vom Ministerpräsidenten Combes unter Stellung der Kabinettsfrage abgeordnete Vertrauensabstimmung mit 343 gegen 236 Stimmen an. Aus der Debatte wollen wir noch nachtragen, daß Millerand die Gelegenheit benutzte, um sich der Rechte und den differierenden Republikanern als Ministeraspirant in empfehlende Erinnerung zu bringen.

**Lübeck und Wandsbarger Gebiete.**

Montag, den 7. November.

**Zuzug von Schlachtergesellen nach Hamburg, Altona und Wandsbeck ist bis auf weiteres fernzuhalten!**

**Achtung Schneider!** Der Vorstand macht die Mitglieder an dieser Stelle noch auf die am Dienstagabend stattfindende Mitgliederversammlung aufmerksam, in der die Mitgliedschaft über das Witterbestehen resp. die Kündigung des Tarifes sowie noch mehrere wichtige Angelegenheiten zu beschließen hat. Der gestrige Sonntag wurde von zahlreichen Landeuten dazu benutzt, ihre Einkäufe usw. in Lübeck zu machen, da die Geschäfte anlässlich des Dienstbotenwechfels bis 6 Uhr abends geöffnet waren. Namentlich in den Nachmittagsstunden herrschte ein reger Verkehr in den Straßen der Stadt. Zwar hat die Ungunst der Witterung wohl Manchen abgehalten, sich zur Stadt zu begeben, um seine Einkäufe auszuführen, doch dürfte ein großer Teil der hiesigen Geschäfte mit dem Resultat des Sonntags zufrieden sein.

**Achtung, blane Bohnen!** Das Infanterie-Regiment Lübeck Nr. 162 wird in der Zeit vom 7. bis 12. d. Mts. täglich von 9 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags auf der Balingen Heide ein Schießen mit scharfen Patronen abhalten. In Bezug auf das Betreten des bei diesen Schießübungen gefährdeten Geländes ist den Bewohnern der vom Regiment aufgestellten Sicherheitsposten unbedingt Folge zu leisten. Als gefährdet ist der von folgenden Linien eingeschlossene Raum zu betrachten: Weg Balingen-Lauen bis in Höhe des Nordrandes des Geyerplatzes, Nordrand des Geyerplatzes, dänische Scheibentände-Forthaus Weslow, Eisenbahn vom Forthaus Weslow bis zu den Schießständen des Regiments, Südrand des Geyerplatzes-Balingen. Die Wege Balingen-Lauen und Balingen-Brandenbaum sind als nicht gefährdet zu betrachten.

**Meldet Eure Kinder zur Schule an.** Alle Kinder aus Lübeckischen Volksschulen, deren Eltern in der Vorstadt St. Gertrud wohnen, sind in der Zeit vom 15. bis 30. Novbr. d. J. zu Schullehrern 1905 entweder für die bisherige 1. St. Gertrudschule (Zahlschule) oder für die neue 2. St. Gertrudschule (Freischule) anzumelden.

**Vom Hafen.** Die letzten Wochen zeitigten im Hafen einen recht regen Verkehr; die nach Schweden und Rußland ausgehenden Schiffe sind meistens voll beladen. Aus Finnland kommen viele Segelschiffe mit Holz, die noch vor Beginn des Winters die großen Holzlager kompletieren sollen. — Zwischen Lübeck und Neustadt i. S. soll im nächsten Jahre eine regelmäßige Frachtdampferverbindung geschaffen werden; Unternehmer ist Herr Krimpe aus Hainburg.

**Achtung, Zimmerer!** Ueber die Firma Helfmann u. Co. (Bahnhofsbau) ist die Sperre verhängt. Die Wohnkommission der Zimmerer.

**Schnupfen.** Wer kennt ihn nicht und wer fürchtet seine lästigen Besuche nicht für die kommende rauhe Jahreszeit. Unzählige sind die „unfehlbaren“ Schnupfenmittel, von denen aber keins hilft. Und doch gibt es einige sicher und rasch wirkende Schutzmaßregeln gegen den sich durch Krabbeln in der Nase und Niesen ankündigenden Feind, die ihn garnicht recht Boden fassen lassen. Man nehme sofort ein heißes Schwitzbad. Ferner wäsche man beim Schnupfen recht häufig die gebrauchten Taschentücher durch laubere aus. Täglich mehrmalige Mund-, Naschenpülungen und vorsichtige Nasenbäder oder Duschungen mit temperiertem reinem Wasser tun vorzügliches Dienste. Vor allem aber trinke man nichts oder nur sehr wenig und führe so den entzündeten Schleimhäuten keine überflüssige Flüssigkeit zu. Zwei- bis dreitägige derartige Trodenndiät, also Weidung von Suppe und Beschränkung aller Getränke, auch von Wasser, auf das notwendigste Maß führen bald zum Ziele. Sehr erleichtert wird solche Diät durch Bevorzugung wenig gesalzener Speisen; also keine Käsegerichte, keine gewürzten Saucen, dagegen Mehlspeisen, leichtes Fleisch, getrocknete Früchte zu Brot genießen. Bei der Einfachheit dieser „Heilmittel“ empfiehlt sich eine Probe mit ihnen entscheidend, um so mehr als viele empfindere Krankheiten, besonders auch empfindliche Schwächung des Geruchssinns, aus einer Vernachlässigung des Schnupfens entstehen können.

**Den Offenbarungsgeiß leisten im Monat Oktober 13 Personen.**

**Anzeigepllichtige Krankheiten** wurden dem Medizinalamt im Monat Oktober 609 gemeldet. Davon entfielen auf Diphtherie 23, Masern 556 (davon 10 Fälle tödlich), Scharlach 25 (1 Fall tödlich) und Typhus 5 Fälle.

**Stadt-Theater.** Aus dem Theaterbureau schreibt man uns: Am Dienstag geht zuerst „Mandana“, romantische Oper in einem Akt von Gustav Lagarus, in Szene. Die Titelpartie singt Fräulein Anna Daniela. Fräulein Willy Herling verleiht die Tramat. Hierauf folgt unter Herrn Kapellmeister Reichwein's Leitung die Mascagnische Oper „Cavalleria rusticana“. Die beiden Hauptpartien haben Fräulein Emma Wallfried und Herr Ludwig Mauric übernommen.

**pb. Schadenfeuer.** Gestern nachmittags gegen 6 1/2 Uhr wurde die Feuerweh nach der Untertrave gerufen, weshalb auf dem, unweit der Holstenbrücke liegenden schwebeligen Segler „Aran“ durch Explosion einer in der Komödie stehenden brennenden Petroleumlampe ein Brand

Schadenfeuer ausgebrochen war. Beim Eintreffen der Feuerwehr war der Brand durch die Schiffsbefahrung bereits gelöscht. Der erwachsene Schaden ist nicht bedeutend.

**pb. Diebstähle.** Einem hiesigen Schmiedegesellen wurde aus seinem Logis ein Portemonnaie mit 18 Mark gestohlen. — In der Nacht vom 6. zum 7. d. Mts. gegen 11 1/2 Uhr wurde vom Hausflur der Wirtschaft „Waisenhof“ ein Fahrrad, Marke „Slandia“, mit schwarzem Gestell, nach unten gebogener Lenkstange, Radlaufglocke und einer Dellampfenlaterne gestohlen.

**pb. Festgenommen** wurde ein Zigarrenmacher aus Büllschau, welcher dringend verdächtig ist, einem Arbeiter aus Rehborn in einer hiesigen Herberge eine Taschenuhr gestohlen zu haben.

**Ein Spezialkursus** für die Gehilfen des Baugewerbes soll hier in Lübeck (nicht in Stoddeksdorf, wie irrtümlich von uns gemeldet wurde) eröffnet werden, wenn sich mindestens 12 Teilnehmer an demselben finden. Bis jetzt haben sich erst 7 Bauhandwerker gemeldet; es liegt im eigenen Interesse der betreffenden Arbeiter, wenn sie sich an dem Kursus, der von einem Architekten geleitet werden soll, beteiligen. Als Lehrfach ist Zeichnen mit begleitenden Vorträgen auszuwählen.

**Büffau.** Eine gut besuchte Volksversammlung, welche am Sonntag bei Herrn König in Cronsförde tagte, nahm einen Vortrag des Gen. Stelling-Lübeck über die letzten politischen Ereignisse entgegen. Zweifellos hat diese Versammlung mit zur weiteren Ausbreitung der Ideen des Sozialismus auf dem lübischen Landgebiet beigetragen.

**r. Schwartau.** Während in unserer Nachbargemeinde Kensefeld am 9. ds. Mts. die Ergänzungswahl zum Gemeinderat stattfand und die Listen bereits ordnungsgemäß im Oktober ausgelegt haben, ist in unserm Luftkurort mit der Knochenmühle noch alles still über den Gewässern. Es ist eine eigenartige Stille, die augenblicklich in unserer lieben Gemeinde herrscht. Sie gleicht der Ruhe in der Natur vor einem nahenden Sturm oder vor einem aufsteigenden Gewitter. Nur ein Skribent in dem Schwartauer Käseblatt läßt seinen Wurm laufen, indem er in die Kampfschmelze gegen die Sozialdemokraten bläst und wünscht, daß eine große Versammlung, zu der natürlich nur bürgerliche Kreise Zutritt haben. Er, er, warum das? Deshalb werden die Genossen eine große öffentliche Versammlung einberufen, zu der Jedermann Zutritt hat und in welcher freie Diskussion waltet wird. Wir sind überzeugt, daß die Wirkung derselben nicht ausbleiben wird.

**Schwartau.** Ein bedauerlicher Unfall ereignete sich heute morgen beim Umbau der ehemaligen Zugenheim'schen Brauerei. Der dort beschäftigte Zimmermann Hamann, wohnhaft in Lübeck, Brüderstraße 8, stürzte vom Dach herab und zog sich dabei einen Beckenbruch zu. Der Verletzte wurde mittels des von Lübeck requirierten Krankenwagens nach dem dortigen allgemeinen Krankenhaus überführt.

**r. Schwartau.** Kommunales. Die Wählerlisten zur Gemeinderats-Ergänzungswahl liegen vom 5. bis 18. ds. Mts. einschließlich im Gemeindehause öffentlich zu jedermanns Einsicht aus. Steuerzahler, benützt dieses Recht, und sehe ein Jeder zu, ob sein Name richtig eingetragen ist! Ist dieses nicht der Fall, so geht der Betreffende seines Wahlrechts verlustig. Die Wahl selbst findet am Mittwoch den 30. ds. Mts. vormittags von 10—1 Uhr statt. Zu wählen sind 6 Vertreter, von denen mindestens zwei Hausbesitzer sein müssen, welche 15 Mk. Einkommensteuer bezahlen. Also, Genossen, auf den Posten! An die Arbeit!

**Kensefeld.** Auf zur Gemeinderatswahl! So lautete die Tagesordnung einer am Sonnabend hier selbst bei Herrn Sternberg abgehaltenen Volksversammlung. Genosse Stelling-Lübeck führte den Versammlung an der Hand eines reichhaltigen Materials die Notwendigkeit der Beteiligung der Arbeiterklasse an den Gemeinderatswahlen vor Augen. In der Diskussion ergänzte Genosse Grabbe die Ausführungen des Referenten in wirkungsvoller Weise. In seinem Schlusswort kennzeichnete Genosse Stelling die auf Zerplitterung der Arbeiterstimmen berechnete Taktik unserer Gegner, die auf ihre Liste den Namen des bisherigen Gemeinderatsmitgliedes, Arbeiters Carl Kock, setzten. Redner verlas eine Erklärung des Referenten, nach welcher dieser auf die Ehre verzichtet, von den Bauern gewählt zu werden und ausdrücklich betont, daß er vielmehr am Wahltag einen sozialdemokratischen Stimmzettel abgeben werde. Nach einem warmen Appell des Referenten, sowie des Vorsitzenden Gen. Zeidler-Swartau, an die Versammelten, am kommenden Mittwoch von 4—6 Uhr Mann für Mann an die Wahlurne zu treten und den von der Versammlung angenommenen Stimmzettel abzugeben, wurde die Versammlung mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie geschlossen. — Wüßte der Kensefelder Genossen ist es nun, dafür zu sorgen, daß die Liste der Arbeiter am Wahltag nicht nur liegt, sondern eine ganz bedeutende Majorität auf sich vereinigt, als Demonstration gegen die sowohl im Großherzogtum Oldenburg, als auch in der Gemeinde Kensefeld herrschenden Zustände.

**r. Entin.** Die letzte Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins beschäftigte sich eingehend mit den bevorstehenden Gemeinderatswahlen. Beschlossen wurde, das Anerbieten der Nationalsozialen, mit ihnen zusammen zu arbeiten, anzunehmen. Unsererseits wurden die Gen. Nebenstorf, Ziesener und Müller aufgestellt und von den Nationalsozialen die Herren Bok und Höpner; zwei weitere Kandidaten sind noch unbestimmt. Die Wählerlisten liegen vom 4.—17. November (beide Tage einschließlich) auf dem Rathaus öffentlich aus; außerdem liegt noch bis zum 30. November eine Wählerliste beim Gastwirt Höpner, Gastwirt Schröder und Arbeiter Nebenstorf zur Einsicht aller Gemeindeglieder aus. 815 Gemeinderatswähler sind in der Liste verzeichnet, vor zwei Jahren 747, also eine Zunahme von 68. Die Beteiligung war damals 70 bis 72 Prozent. — Sonnabend Abend tagte im Hotel „Hollsteiner Hof“ eine von 350 Personen besuchte öffentliche Volksversammlung, in welcher der Landtagsabgeordnete Bok Bericht erstattete von der letzten Landtagsession. In klarer, sachlicher und gemeinverständlicher Weise entledigte sich der Redner seiner Aufgabe und langanhaltender Beifall lohnte seinen Ausführungen. Auch wir Sozialdemokraten gestehen freudig ein, daß wir einen guten Griff getan haben, als wir ihm unsere Stimme gaben. Das Bureau der Versammlung bestand aus: Hammerich, Höpner (national) und Nebenstorf, Ziesener (Sozdem.). — In der letzten Gemeinderatsversammlung lag ein Antrag des Renigers Strengmann vor, die Stadt möge ihm dem ihr gehörigen Bauplatz an der Königstraße sowie auch das Hinterland, rund 400 Quadratrudder, käuflich zu überlassen für den Preis von 200 resp. 400 Mk., auf 600 Mk. Gen. Nebenstorf machte geltend, daß er von unserm Standpunkt da-

gegen sei, daß die Stadt Land verkaufe. Dem Verkauf des Bauplatzes könne er wohl zustimmen. Das sog. Hinterland würde später, wenn eine Parallelstraße der Kampstraße erbaut sei, noch 6—8 Bauplätze abgeben, die dann einen Wert von 10—12000 Mark repräsentieren. Höpner und Nebenstorf vertraten die Ansicht, daß das Land mindestens 1000—2000 Mk. zu billig verkauft würde und blieben auch in der zweiten Sitzung dabei. Leider wurde das Land verkauft mit der Klausel, daß Freymann das nötige Straßenland zur Parallelstraße zum Selbstkostenpreise hergeben müsse. Der Stadtmagistrat hatte in geheimer Sitzung den Preis von 8300 Mk. beschlossen. Fast alle Mitglieder waren der Ansicht, daß das Land viel zu billig verkauft würde, aber keiner außer den Vorgenannten, hatte den Mut, dagegen zu stimmen.

**Ahrenshöf.** Der Diener D. des Hofbesizers Wulff auf Kiechbüch ließ sich Donnerstagabend hier im „Deutschen Hause“ ein Zimmer anweisen unter dem Vorgeben, dort seinen mit dem Zuge eintrifflenden Anteil zu erwarten. Da dieser nicht eintraf, begab sich D. angeblich zur Ruhe. Bis Freitag mittag kam D. nicht wieder zum Vorschein, und da man auf wiederholtes Klopfen und Anrufen keine Antwort erhielt und die verriegelte Tür nicht geöffnet wurde, wurde die Gendarmerie benachrichtigt. Der Wachmeister ließ dann durch einen Schlosser die Tür öffnen und ersterer sah noch, daß D. aus einem Wassergläse trank und dann stöhnend zusammenbrach. Er hatte, wie der herbeigerufene Arzt feststellte, eine starke Lösung Schwefelsäure getrunken und sich dadurch schwere innere Verletzungen zugezogen. D., der große Schmerzen leidet, dürfte nicht mit dem Leben davontommen. Ueber den Beweggrund ist nichts bekannt. Der Selbstmörder war bis vor einiger Zeit in Lübeck als Schreiber. (Anz. f. d. F.)

**Reinfeld.** Verschieden in den letzten Dienstagabend der Besitzer der hiesigen Herberge, der Gastwirt und Zimmerer Hans Schaufelberger. Da sich nach dem plötzlichen Verschwinden bereits mehrere Gläubiger gemeldet haben, dürfte man nicht fehlgehen, wenn man annimmt, daß Sch. den Staub Kensefelds von seinen Füßen geschüttelt hat.

**Schönberg.** Wegen Körperverletzung mittels gefährlichen Werkzeuges — er hatte seinen jugendlichen Schäfer mit einer Keilspitze geschlagen — wurde der Domänenpächter Sellchow zu Hof Mengendorf vom Schöffengericht hier zu einer Geldstrafe von 20 Mark verurteilt. — Wir wissen nicht, welche Umstände das Gericht veranlaßten, für den Angeklagten auf mildernde Umstände zu erkennen, nehmen aber gerne an, daß solche Umstände vorhanden waren, wie überhaupt ein Gericht untes Grachtens nur in ganz besonders schwer liegenden Fällen auf Verweigerung mildernder Umstände erkennen sollte — daß aber die Zahlung von 20 Mark für einen Domänenpächter eine „Strafe“ bedeutet, will uns nicht in den Sinn.

**Lauenburg.** Zu dem Unglücksfall, bei dem zwei Personen ums Leben kamen, wird noch gemeldet: Es ist nunmehr festgestellt worden, daß es sich um den Dampfschiffbesitzer Moritz aus Werder a. d. Havel und den Steuermann Kiffel aus Glindow bei Werder an der Havel handelt, die bei Cassendorf ertrunken sind. Moritz wollte zwei gekaufte Dampfschiffe nach Werder schleppen, hatte in Cassendorf übernachtet, ließ sich morgens von dem Steuermann überholen und geriet unter einem feinem Schleppluge folgenden Zug. Die Leichen sind noch nicht geborgen. Die Ertrunkenen hinterlassen jeder die Frau und 5 Kinder.

**Neine Chronik der Nachbargemeinde.** Der 32 Jahre alte Klempner August Dreyer war Sonnabendnachmittag 3 Uhr auf dem Dache des Neubaus Ecke Neuwall und Poststraße in Hamburg mit Arbeiten beschäftigt. Er fiel dabei in den Lichtschacht, schlug im Falle auf einen eisernen Träger und blieb dann schwerverletzt im Vorkeller liegen, nach wenigen Augenblicken war er auch schon tot. Dreyer ist verheiratet und hat Kinder. — Ein Maschinenbauer wurde festgenommen und auf die Wache 15, Ecke Simsbüttelerchauffee und Margarethenstraße in Hamburg, in die dortige Arrestzelle gebracht. Als man nach einer Weile die Zellentür öffnete, fand man den Mann erhängt vor. — Zu dem Brandunglück in der Alten Deichstraße ist nach zu melden, daß Frau Diederichs im Laufe des Freitagabend durch den Tod von ihrem qualvollen Leiden erlöst worden ist. — Freitagabend gerieten in der Esplanade in Neumünster zwei Luchmacher in Streit. In dessen Verlaufe zog der eine ein Messer und stieß es seinem Gegner in den Leib. Der Schwerverletzte wurde ins Krankenhaus gebracht und der Messerheld verhaftet. — Durch Feuer zerstört wurde das Gewebe des Landmanns Hortmann in Baaken. Ein fettes Schwein und eine Sau mit Ferkeln kamen darin um, während Hindvieh und Pferde und das meiste Inventar gerettet wurden. — Ein 26 Jahre alter Maschinist und Schüler des Bremer Technikums, Sohne aus Wilhelmshaven, wurde vom Zuge überfahren und getötet.

**Altona.** Zwei schwere Jungen standen am Freitag vor dem hiesigen Landgericht. Die häufig vorbestraften Keller Kaiser und Bruder hatten sich wegen mehrerer Einbruchdiebstähle zu verantworten. Der Staatsanwalt beantragte gegen beide Angeklagte je 9 Jahre Zuchthaus und das Gericht erkannte auf je 7 Jahre 1 Monat Zuchthaus, 10 Jahre Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht.

**Kiel.** Der zweite Tag der Stadtwahl hat wieder einen Sieg für die Sozialdemokratie gebracht. Wie schon mitgeteilt, ist unser Genosse Weber gewählt worden. Von den 327 Wählern wurden insgesamt 9688 Stimmen abgegeben. Es sind gewählt Dr. Ahlmann mit 1739 Stimmen auf 6 Jahre, Buchdrucker W. Weber (SD.) mit 1401 Stimmen auf 1 Jahr und Apotheker Krause mit 1810 Stimmen auf 5 Jahre. Auf die übrigen Kandidaten entfielen: Stadtr. Kähler 1395, der gegen Weber mit 6 Stimmen unterlag, Sekretär Siem 438, Agent E. Kappel (SD.) 1399 und Kaufmann Wilhelm Lange (SD.) 1403 Stimmen. Zersplittert sind 103 Stimmen. Im Jahre 1902 stimmten am zweiten Wahltage 2543 pZt. und 1903 2980 pZt., diesmal 2825 pZt. Als voriges Jahr die Kandidaten der Arbeiterklasse am ersten Wahltage 189 und 186 Stimmen gegen 1396 und 1388 bürgerliche, am zweiten gar nur je 122 gegen 1436, 1993 und 1110 bürgerliche aufbrachten, da war der Jubel im Spiehbürgerturn freudig. „Jetzt“ hieß es, „gehört das Rathaus, gehört diese Stadt, in der wir einige Wochen vorher erst die schmachtvolle Demütigung bei den Reichstagswahlen erlitten haben, definitiv uns. Von diesem Schläge wird sich die Sozialdemokratie nie mehr erholen.“ Jetzt hat die arbeitende Bevölkerung die Antwort auf diese Verhöhnung gegeben. Zwölf Jahre war die arbeitende Bevölkerung unvertreten im Stadtparlament, nunmehr wird ihre Stimme wieder zur Geltung kommen und zwar mit voller Energie. — Das Mandat unseres Genossen Weber läuft leider nur ein Jahr, da er für den ausstehenden Mutz, dessen Amtsdauer nächstes Jahr beendigt gewesen sein würde, gewählt ist. Das Adlersche Mandat dagegen hat für 6 Jahre Gültigkeit.

**Neustadt.** Noch nicht weit genug ging einem der unverfrorenen Agrierer des ruffisch-regierten medlenburger Bändchens die für alle Ostelbier doch geradezu ideale Gesindeordnung; er suchte dieselbe noch in seinem Sinne zu „verbessern“ und auszubauen, und hatte auch anfänglich mit seinen Bemühungen einen aufmunternden Erfolg. Die Sache ist folgende: Als vor einiger Zeit der Kuhhirte des Gutspächters Metelmann in Zusammenhang an einem Sonntag erkrankte, schickte er dem Hofgänger „seines“ Tagelöhners Brandt durch den Inspektor die Order, derselbe solle hingehen und die Kühe hüten. Der Hofgänger, der für seine gewöhnlichen Arbeiten pro Tag fünfzig Pfennig an Lohn bezog, lehnte es ab, für diesen Lohnsatz an dem Sonntage, der doch ihm gehörte, die Kühe zu hüten. Die Folge war eine Anzeige des Gutspächters Metelmann gegen den Hofgänger wegen Arbeitsverweigerung. Und sonderbar — oder auch nicht sonderbar — der Hofgänger erhielt vom Amte Bufower eine Strafverfügung. Der Hofgänger beantragte gerichtliche Entscheidung. Dem Amtsgericht in Neubukow lag es deshalb ob, über die Rechtmäßigkeit der Strafverfügung zu befinden. In der Verhandlung erklärte Herr Metelmann dem Gerichte seine wohlwollende Ansicht dahin, daß die Leute, die bei ihm in Diensten ständen, auch an einem Sonntag auszuhalten in Kühen, denn sonst müsse er gegebenenfalls ja selber die Kühe hüten. (Das wäre jedenfalls das Nichtigste gewesen!) Der Amtsanwalt entwickelte als seine Logik folgendes: Wäre der Hofgänger sonst auch mit Kübehüten beschäftigt gewesen, so war er verpflichtet, der Aufforderung des Dienstherrn nachzukommen. Da jenes nicht der Fall war, so mußte erst eine Vereinbarung bezüglich der Arbeit am Sonntage mit ihm stattfinden. Da der Angeklagte dem Inspektor gegenüber erklärt haben wollte, er sei bereit, für einen besseren Lohn als fünfzig Pfennig die Kühe an dem Sonntage zu hüten, der Dienstherr dieses in Abrede nehme, so müsse durch Vernehmung des Inspektors als Zeugen noch hierüber Beweis erhoben und zu dem Zwecke neuer Termin angeetzt werden. Das Gericht konnte der amtsanwaltschaftlichen Logik nicht folgen. Es sprach den Angeklagten vielmehr frei und billigte ihm auch den Ersatz der notwendigen Auslagen zu. Da der Hofgänger nicht verpflichtet war, am Sonntage zu arbeiten — führte der Richter aus — so konnte in seiner Verweigerung auch ein Dienstvergehen nicht erblickt werden. — Das meinen wir auch, Unverständlich ist uns, wie das Bufower Amt überhaupt dazu kommen konnte, jene Strafverfügung gegen den Hofgänger zu erlassen, und ebenso unverständlich ist uns die in der Verhandlung entwickelte Ansicht des Amtsanwalts. Die medlenburgische Gefindeordnung macht an und für sich wehrlos genug; eine Definition der Gefindeordnungsbestimmungen, wie sie vom Amtsanwalte und anscheinend auch vom Bufower Amte gegeben wurde, würde darauf hinauslaufen, dem Gefindeflaven auch die paar Rechte, welche ihm noch verblieben, zu schmälern.

## Beste Nachrichten.

**Stettin.** Gelegenheit macht Sittenverbrecher. Der Gefangenenaufseher Windstädt wurde wegen Vornahme unzüchtiger Handlungen an Gefangenen verhaftet.

**Berlin.** Ein entsetzliches Familiendrama hat sich auf dem Wedding abgespielt. Dort erdroffelte die 42jährige Ehefrau des Maurers Benke ihre drei Kinder im Alter von sechs, drei und zwei Jahren und verachte dann auf gleiche Weise Selbstmord. Die Ursache dürfte darin zu erblicken sein, daß geschwätige Nachbarn ihr einredeten, ihr Mann habe Verkehr mit einem anderen Mädchen.

**Bauken.** Die Baugener Offiziersaffäre vor Gericht. Das 24jährige Dienstmädchen Kaling wurde wegen Beleidigung des Offizierskorps des 4. sächsischen Infanterie-Regiments 109 zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Sie war die Urheberin der falschen Gerüchte über wüste Orgien unter den Offizieren der Baugener Garnison.

**Essen.** Von Gendarmen erschossen. Bei Erdel kam es zu einem blutigen Zusammenstoß zwischen Gendarmen und polnischen Bergarbeitern. Der Bergarbeiter Sibussek wurde dabei erschossen.

**Welsch (Rheinprovinz).** Schweres Eisenbahnunglück. Freitagabend stießen am Eisenbahnübergang der Friedrichstraße ein Fuhrwerk und ein Personenzug zusammen. Das Fuhrwerk wurde zertrümmert, der Fuhrmann lebensgefährlich verletzt und ein Schlosserlehrling getötet. Die reparaturbedürftige Maschine war entfernt worden. Wen trifft die Schuld?

**Wiesbaden.** Ein Feuer kam Sonnabendabend im Ministerium des Innern zum Ausbruch. Zum Glück gelang es, den Brand zu lokalisieren. Die Ursache ist gerettet.

**Vonn.** Bei dem Untergang des Dampfers „Gironne“ sind im ganzen 197 Personen, meist Araber, umgekommen. Das Schiff sank 1 1/2 Minuten nach dem Zusammenstoß.

## Briefkasten.

**Zwei Streitende.** Ehrverlust ist eine abgeklärte Bezeichnung für Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte. Darunter ist zu verstehen der Verlust des aktiven und passiven Wahlrechts zum Reichstag usw., der Tauglichkeit zu Schöffen und sonstigen Gerichtsbeisitzern. Selbstredend ist es aber verboten, dem Befrahten sein Verbrechen vorzuwerfen.

## Lübecker Marktpreise vom 5. November.

Bauern-Butter Pfd. 1,25 Mk., Meierei-Butter Pfd. 1,40 Mk., Hafen Stk. 3,00 Mk., Emten Stk. 2,70 Mk., Süßbrot Stk. 1,60 Mk., Käfen Stk. 1,20 Mk., Lauben Stk. 0,50 Mk., Gänse Pfd. — 65 Pf., Fildgans — Mk., Schweinefleisch Pfd. 0,40 Mk., Schinken Pfd. 1,10 Mk., Backst. Pfd. 1,20 Mk., Eier 7 Stk. 60 Pf., Kapfen Pfd. 1.— Pf., Ger. Lachs Pfd. 1.—2,40 Mk., Karaschnen Pfd. 80 Pf., Gsch. Pfd. 6 Pf., Barische Pfd. 60 Pf., Kalb Pfd. 0,90 Mk., Aepfel, beste Gravensteiner 100 Pfd. 12.— Mk., Nonnen 100 Pfd. 8.— Mk., andere Sorten 100 Pfd. 3.—8 Mk., Pflanzen 100 Pfd. 7.— Mk., Kohl 100 Pfd. 3,50 Mk., Gurken 1 Pfd. — Pf., Zwiebeln 100 Pfd. bis 7.— Mk., Kartoffeln, beste franz. 200 Pfd. 8,50 Mk., per 10 Liter 60 Pf., magnum bonum 200 Pfd. 5,50 Mk., Kartoffeln 10 Liter 50 Pf.

## Ämliche Notierungen der Produzentbörse.

Inländisches Getreide. Lübeck, 5. November. Weizen, 125—134 Pfund holl., 165—171 Mk. Roggen, 124—128 Pfund holl., 135—140 Mk. Hafer, je nach Qualität, 135—142 Mk. Gerste, je nach Qualität, 135—150 Mk., feine Braugerste — Mk.

Sophie Kröger  
Adolf Uerckwitz  
Berlote.

Nienborf. Lübed.

Statt besonderer Meldung.

Allen Freunden und Bekannten zur Nachricht,  
daß nach kurzer, schwerer Krankheit uns unser  
kleiner Martin im Alter von 5 Jahren entziehen  
wurde.

Wilhelm Körner und Frau.

Dankagung.

Für die so zahlreich bewiesene Teilnahme und  
Kranzspenden beim Begräbnis unserer lieben  
Tochter, sowie für die trostreichen Worte des  
Herrn Pastor Bier nachh sagen unsern innigsten  
Dank!

Heinrich Harnack und Frau,  
geb. Dick

Fackenburg

Segebergstr. 98 zu verkaufen, dabeist auch  
2 Wohnungen z. 1. Jan. zu vermieten.  
Grünau, Breitestr. 24.

Gesucht

tüchtiger, kräftiger, ordentlicher Arbeiter,  
welcher in Lampen- und Metallgeschäft gear-  
beitet hat. Näheres Haasenstejn & Vogler,  
N. G., Markt 16

Zu verkaufen das kleine Hans Beim Tannen-  
hof 6. Gut. hoch Zustand mit zweitel. ge-  
schloß. Veranda, Stall, Vorgarten, sowie gegen-  
überliegend. II. Gemüsegarten, 5 Obstbäume,  
Kuchenschrank und edlen Wein. Beschwert mit  
2420 Mk. Sehr passend für Werkstätte oder  
Schuhwaren-Reparatur-Werkstatt. Ge-  
richtlich festgel. Beschäftigungszeit Montags,  
Mittwochs und Freitags mittags von 1-3 Uhr.  
Genauere Auskunft Untertrave 23, II.

Ein neues elegantes Sofa

für 25 Mk zu verkaufen. Woist Allee 505. v.

Ein Kind,

7 Monat, ist in Kost und Pflege zu geben. An-  
gebot unter N. W. dieses Blattes.

Ende dieser Woche verlegen  
wir unsere Büroräume nach  
dem neu erbauten Hause König-  
straße 48b, 1. Etage, Ecke  
Johannisstraße.

„Germania“  
Internationale Anstalt für Inkassobureau  
Wilhelm Flörke  
Kommandit-Gesellschaft  
Lübeck  
10 Obertrave 10.

Fahrrad-Haus. H. A. Hill  
Reparatur- und  
Emaillieranstalt. Johannisstr. 9.  
Größte Reparaturwerkstatt Lübeds.  
Mantel, früher 7 Mark jetzt Mk. 5,50  
Schläuche, früher 4 Mk. jetzt Mk. 2,80  
Centrum Mantel, früher 10 Mk. jetzt Mk. 8,00  
Ebelohe feinste Sauer, beste Garantie  
Vier Jahre, 1 Jahr Garantie, Mk. 65.

Uhren reinigen 1,50  
Federn einlösen 1,50  
1 Jahr Garantie. 2  
Uhrmacher 1. Danf. 6,30  
Aug. Büttner,  
Lübeck.

la. Schinkenped la.  
in Stücken von 3 bis 5 Pfund  
à Pfund 80 Pfg.  
Carl Junge, Marktstraße 14.

Achtung Töpfer!  
Versammlung  
am Mittwoch den 9. November  
abends 8 1/2 Uhr  
im Vereinshaus, Johannisstr. 55  
Antrag des Kollegen Seiber aus Berlin  
Das Schreiben unserer Kollegen ist notwendig.  
Der Vorstand.

Gewinnreicher Wettbewerb für den gesamten Inhalt der Zeitung und Nummern der „Lübeder Zeitung“ sowie der mit P. L. gezeichneten Artikel und Notizen:  
Johannes Steiling - Gewinnreicher Wettbewerb für den Inhalt, Inhalt und Redaktionen sowie der mit P. L. gezeichneten Artikel und Notizen:  
Wolfgang Kessler-Gewert - Dank von Friedr. Meyer & Co. - Gedruckt in Lübed.

# Geschäftseröffnung.

Lübed, den 6. November 1904.

Herrn Wohlgeboren

mache ich hierdurch die ergebene Mitteilung, daß ich am hiesigen Platze

Königstr. 48b, Eckhaus Johannisstr.

## Lotterie-Geschäft

verbunden mit Münzenhandlung

errichtet habe und empfehle Ihnen zu einem Glückversuche in meiner Kollekte Loise der

327. Hamburger Stadt-Lotterie  
Ziehung 1. Klasse am 15. Dezember  
Mk. 0,75 1,50 3,00 6,00

13. Lübeder Staats-Lotterie  
Ziehung 1. Klasse am 31. Dezember.  
Mk. 1,00 2,00 4,00 8,00

138. Braunschw. Landes-Lotterie  
Ziehung 1. Klasse am 18. 19. Januar  
Mk. 3,00 6,00 12,00 24,00

258. Mecklenb. Landes-Lotterie  
Ziehung 1. Klasse am 8/9. November  
Mk. 3,00 6,00 12,00 24,00

147. Sächsische Landes-Lotterie  
Ziehung 1. Klasse am 7/8. Dezember  
Mk. 5,30 10,60 26,50 53,00

Große Württemb. Geld-Lotterie  
à Mk. 3,00, Porto u. Lise 30 Pfg. extra  
Ziehung am 22. bis 24. November.  
Gesamtgewinn: 60,000 Mark bar!

Indem ich Ihnen reelle und aufmerksame Behandlung zusichere, bitte ich um gütige  
Unterstützung meines neuen Unternehmens und zeichne, jedem Wunsch meiner Interessenten  
gern Rechnung tragend,  
Hochachtungsvoll

Hermann Kersten.

Sobald eingetroffen: Mecklenburger Hochzeits-Münzen, Zweimark- und Fünf-  
mark-Stücke, preiswert abzugeben.

## „Die Neue Zeit“

— Wochenchrift der deutschen Sozialdemokratie. —  
Redigiert von Karl Kautsky.  
Zu beziehen durch die  
Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.

Wir empfehlen unseren Parteigenossen:

## Ferdinand Lassalle's Gesamtwerke.

Elegant in 2 starken Bänden gebunden für den billigen Preis von  
Mk. 10.—

Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.  
Johannisstrasse 50.

Achtung Schneider!

Mitglieder-  
Versammlung

am Dienstag den 8. November  
abends 9 Uhr

im Vereinshaus, Johannisstr. 55 22  
Tages-Ordnung:

1. Bericht über die Rechnungslegung  
der Gewerkschaft an die Mitglieder-Versammlung
2. Bericht über die Beschäftigung  
des Gewerkschafts.
3. Beschäftigung
4. Beschäftigung

Das Schreiben unserer Kollegen ist notwendig.  
Der Vorstand.

Verein für Gesundheitspflege  
und Naturheilkunde.

Dienstag den 10. November 1904  
abends 8 1/2 Uhr

im Konzerthaus Fünfhausen  
Vortrag

des Schriftstellers Herrn Willy Vierath  
aus Berlin.

Thema: Wie erkennen wir  
Charakter, Begabung und  
Talent aus der Schädelbildung  
(Mit Demonstrationen.)

Eintritt frei —  
Richtmitglieder 50 Pfg.

Pausenmarken zu 15 Pfg.  
an den schönsten Verkaufsstellen.

Für den Winterbedarf!

Beste französische Eierkartoffeln,  
gelbkochende Magnum bonum, runde  
gelbe sowie rote französische Ei-  
kartoffeln empfiehlt billig  
Johann Piel, Reiferstraße 29.

Verband der Fabrik-, Land-, Hülfe-  
arbeiter u. Arbeiterinnen Deutschlands  
(Sachstelle Lübed.)

## Versammlung

am Dienstag den 8. November  
abends 8 1/2 Uhr

im Vereinshaus, Johannisstr. 55 22

Tages-Ordnung:

1. Aufnahme
2. Kartellbericht.
3. Fragekasten.
4. Berichtendes.

NB Die in der Baubranche beschäftigten  
Kollegen haben in der Versammlung zu erscheinen  
Die Gewerkschaft.

## Sanitätsverband der freien Hülfskassen Lübeds.

Bei der am 6. November d. J. stattgefundenen  
Lotto sind nachfolgende Losnummern mit Ge-  
winnen gezogen:

36	37	44	45	68	141	143
169	185	190	197	217	245	258
260	299	311	345	362	364	414
424	455	486	512	562	615	627
630	708	726	748	770	821	869
883	914	947	968	975	1041	1044
1059	1132	1154	1157	1190	1203	1247
1256	1258	1270	1283	1288	1329	1381
1383	1387	1397	1398	1445	1453	1476
1479	1509	1567	1615	1621	1622	1637
1638	1706	1716	1725	1767	1769	1781
1794	1800	1836	1866	1868	1870	1879
1915	1964	1971	1989	2017	2028	2034
2100	2139	2245	2276	2280	2315	2387
2402	2404	2413	2424	2457	2463	2510
2512	2532	2541	2603	2605	2647	2686
2687	2701	2705	2750	2829	2836	2894
2909	2914	2943	2950	2953	2957	2991
3030	3039	3051	3097	3109	3112	3127
3147	3165	3166	3172	3205	3263	3273
3369	3445	3475	3496	3511	3527	3534
3539	3545	3547	3549	3563	3584	3625
3630	3668	3677	3694	3703	3715	3729
3775	3855	3905	3912	3961	3966	3969
4026	4043	4044	4062	4091	4105	4123
4141	4152	4167	4203	4209	4277	4279
4300	4306	4360	4401	4402	4405	4409
4416	4444	4454	4477	4481	4511	4530
4554	4568	4585	4633	4651	4652	4659
4683	4719	4762	4770	4809	4837	4844
4867	4881	4892	4903	4957	4980	5046
5052	5054	5106	5151	5150	5164	5170
5283	5293	5298	5331	5341	5430	5489
5344	5346	5367	5372	5412	5419	5429
5556	5572	5604	5609	5631	5637	5665
5770	5864	5876	5980	5997		

Die Gewinne werden verabsolgt am Montag,  
den 7. November, nachmittags von 4-8 Uhr,  
und Dienstag, den 8. November, von morgens  
9 bis abends 8 Uhr, im Vereinshaus, Johannis-  
straße 50-52, Zimmer Nr. 2.

Gewinne, welche bis zum 27. November d. J.  
nicht abgeholt sind, verfallen der Verbandskasse.  
Der Vorstand.

## Gesang-Verein „Freiheit“

Bei der am 6. November 1904 gezogenen Lot-  
to sind folgende Nummern mit Gewinn gezogen:

2	45	61	69	79	86	134
136	149	157	181	198	211	222
224	228	253	277	280	290	303
307	316	343	354	366	375	382
409	452	457	484	528	549	577
654	671	708	719	724	731	760
762	775	788	831	868	879	913
937	943	946	952	1023	1028	1038
1048	1075	1107	1133	1306	1328	1346
1349	1376	1469	1499	1505	1518	1563
1564	1637	1650	1676	1679	1758	1818
1846	1856	1910	1915	1980	1998	

Die Gewinne sind von 6-9 Uhr abends bei  
Herrn Kock, Einiegele, abzuholen. Gewinne,  
welche bis zum 31. Dezember 1904 nicht abgeholt  
sind, verfallen der Vereinskasse.

Das Komitee.

Dienstag den 8. November 1904.  
Abends 7 1/2 Uhr. Abends 7 1/2 Uhr.  
46. Fortsetzung. 7. Dienstags-Abonnement.

Mandanika.  
Hierauf:  
Cavalleria rusticana.

Mittwoch den 9. November. 47. Fortsetzung.  
Die Fliege.

## Das Recht auf Profit.

Das Recht auf Profit. Die unausgesprochene Quintessenz aller zünftlerischen Handwerks- und larmenden Mittelstandspolitik ist das Recht auf Profit. Die Mittelstandsteile wollen „verdienen“, mehr verdienen als heute, d. h. Profit machen. Bei den Arbeitern erschöpft sich der Verdienst in den mehr oder weniger zum nackten Leben ausreichenden Mitteln, die in der Gestalt des Arbeitslohnes gewährt werden. In der ganzen Unternehmervelt herrscht eine stillschweigende Ueber-einkunft darüber, die Arbeitslöhne nicht über eine gewisse Höhe hinausgehen zu lassen, die durch die Kosten der bloßen Lebenshaltung bestimmt wird. Das gewerbliche, industrielle Kaufmännische, landwirtschaftliche Unternehmen rechnet aber, wenn es vom „Verdienen“ redet, die oft in hohe Summen gehenden Kosten seiner großartigen Lebenshaltung überhaupt nicht, sondern es versteht darunter nur, was alles Gewinn, als Profit, als Dividende und Lantime netto verbleibt und den vorhandenen Reichtum vermehrt.

Alle Forderungen der Mittelstandsteile, die ihre Spitze gegen die Großen nach oben, wie gegen die Kleinen nach unten richten, sind nichts anderes als Mittel im Kampfe um den Profit. Die Warenhäuser und die Konsumvereine sollen durch hohe Umsätze erdroffelt werden, damit die von ihnen eroberten Tätigkeits- und Absatzgebiete wieder dem mittleren Kaufmannsstande und den kleinen Krämer und Spezereihändlern zufallen und sie so Gelegenheit erhalten, mehr Profit zu machen. In der gleichen Richtung sollen die Gesetze gegen den unlauteren Wettbewerb, gegen Ausverkäufe und Wanderlager, gegen die Abzahlungsgeschäfte und das Hausieren wirken. Der Befähigungsnachweis im Handwerk, das Monopol der Behrlingszünfterei und Behrlingsausbeuterei, die Entrechtung der Arbeiter durch die Verschlechterung des Koalitionsrechts beruht, daß es völlig illusorisch und unwirksam wird; die Auslieferung der Arbeiter an die Zünfte nach dem Muster der alten Zünfte, wozu Gesellen-ausschüsse, Gesellenkrankenkassen, Zünftegerichtsgerichte u. als geeignete Einrichtungen zur Bevormundung, Beaufsichtigung und Unterdrückung gehandhabt werden sollen, die Annahme des Mittelpreisverfahrens durch die Behörden für öffentliche Arbeiten usw. dienen dem gleichen Zwecke. Große Volksteile mit vielen Millionen Angehörigen, deren Gesamtzahl weit größer als die des sogenannten Mittelstandes ist, sollen so in ihren Rechten und Freiheiten verletzten werden, damit das kleinere Unternehmertum größeren und sicheren Profit erzielen kann.

Nun ist ein Teil der Handwerks- und Mittelstands-Forderungen von der Gesetzgebung, an die sie gerichtet sind, bereits erfüllt, allein eine Aenderung der Position ihrer Urheber ist dadurch nicht bewirkt worden. Und es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß die Erfüllung des ganzen Mittelstandsprogramms an der Struktur des heutigen kapitalistischen Wirtschafts-Organismus nichts ändern würde. Um den Mittelstand wieder zu dem herrschenden Faktor im Wirtschaftsleben zu machen und um ihm zu einer machtvollen Stellung im Staate zu verhelfen, gäbe es nur einen Weg, nämlich die Rückkehr in vergangene Zeiten. Befestigung aller Fabriken, Beförderung der Maschinen, Abschaffung der Gewerbesteuer, Zerstückelung der Eisenbahnen, der Straßenbahnen, der Dampfschiffe, des Telegraphen und des Telephons, Rückkehr zur alten Postkutsche, Einführung der Zwangsstände und des Befähigungsnachweises usw., alle diese Maßregeln zusammen vermöchten allein die Existenz des Mittelstandes zu befestigen und seine Stellung in Staat und Gesellschaft zu stärken, aber sie sind nicht durchführbar. Keine Macht der Erde vermag die Geschichte eines Jahrhunderts auszuwischen und die Menschheit zurückzuführen in die Zeit vor der französischen Revolution.

Im Grunde genommen wollen das die Mittelstandsteile auch gar nicht. So sind ja keine prinzipiellen Gegner des herrschenden Kapitalismus, wie die Sozialdemokraten es sind, die aber nicht den Rückschritt, die Verwirklichung des sozialistischen Gedankens wollen. Die Mittelstandsteile sind auch keine prinzipiellen Anhänger des Kleinbetriebes, denn noch kein einziger Handwerksmeister hat aus zünftlerischem Doktrinarismus an seinem Kleinbetrieb festgehalten, wenn ihm die Möglichkeit geboten war, diesen zu vergrößern und z. B. aus einem Schuhmachermeister ein Schuhfabrikant, aus einem kleinen Spezereihändler ein großer Kaufmann in Material- und Kolonialwaren zu werden. Man mache die Handwerksmeister zu Fabrikanten, die Keinen Krämer zu großen Kaufleuten, alle ausgestattet mit den nötigen Betriebskapitalien, und sie pfeifen alle miteinander auf die Handwerks- und Mittelstandspolitik und söhnen sich mit dem herrschenden Prinzip des Kapitalismus vollständig aus.

Da aber diese Metamorphose nicht möglich ist, so werden die Mittelstandsteile auch ferner zur Sicherung und Erhöhung ihres Profits den reaktionärsten Phantomen nachjagen und den Fortschritt aufzuhalten sich bemühen. Sie stehen damit im stärksten Gegensatz zu den Arbeitern. Diese sind infolge der sozialdemokratischen Schulung längst darüber hinaus, in der Maschine, in dem technischen Fortschritt, der die Inanspruchnahme der menschlichen Arbeitskraft vermindert, ein Unglück zu erblicken. Sie stellen dieser Entwicklung nur ihre entsprechenden Forderungen: Achtstundentag, eventuell noch kürzere Arbeitszeit, auskömmlichen Arbeitslohn, um menschenwürdig leben zu können, entgegen; sie fordern mit einem Worte ihren reichen Anteil an der fortschreitenden Kultur, sie kämpfen dafür und treiben dabei die Gesellschaft ihrem Endziel, der Erziehung des Kapitalismus durch den Sozialismus, zu.

Die Tendenz der Mittelstandspolitiker läuft darauf hinaus, die handwerksmäßige, mühselige und zeitraubende Arbeitsmethode wieder zu verallgemeinern, damit die Masse der kleinen Unternehmer, weil sie nicht Fabrikanten sein können, immer genügend Arbeit haben, Hilfskräfte beschäftigen und den gewünschten Profit in befriedigender Höhe erzielen können. In konsequenter Verfolgung dieser Auffassung müßte man, wie Henry George meint, Gott zum Vorwurf machen, daß er nicht die Felsen härter und die Feder feiner gemacht und derjenigen, der Häuser anzündet und Städte zerstört, als Wohltäter der Menschheit preisen, da er derselben Arbeit verschafft.

Der fundamentale Irrtum der ganzen Mittelstandspolitiker besteht darin, daß die Interessenten derselben sich darauf kaprizieren, gerade als Schreinermeister oder Spezereihändler eine Existenz zu haben und dabei Profite zu machen. Darauf kommt es aber gar nicht an und kann es nicht ankommen, sondern vielmehr darauf, als nützliches Glied der menschlichen Gesellschaft eine gesicherte und angenehme gestaltete Existenz zu haben. Dem Recht auf Profit, das die Quintessenz der ganzen Mittelstandspolitiker bildet, stellen wir daher das Recht auf Arbeit, das Recht auf Existenz, das Recht zum Leben entgegen, in welcher Forderung sich die Interessen des ganzen Volkes erschöpfen. Da aber dieses Ziel in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung nicht erreicht werden kann, so streben wir die sozialistische Gesellschaftsordnung an, in der allein auch die Mittelstandsteile ihre Erlösung finden werden, freilich nicht als Kleinmeister und Krämer, sondern als freie Bürger und nützliche Glieder eines freien Gemeinwesens, das zwar kein Recht auf Profit, aber das Recht auf eine angenehme, menschenwürdige Existenz anerkennt und verbürgt. Und darauf allein kommt es an!

## Soziales und Parteileben.

Sämtliche Schiede der Fahrzeugfabrik Eisenach legten wegen Maßregelung zweier Kollegen die Arbeit nieder. Zugung ist fernzuhalten.

Eine ungarische Zuchtanordnung. Dem Drängen der ungarischen Scharfmacher-Verbände haben die Minister Tiska und der Handelsminister Szonyi nachgegeben. Sie haben Verordnungen erlassen, die sich gegen die streikenden richten. Zwar will man dem Arbeiter das Mittel des Streiks nicht rauben; auf streikende gewerbliche Arbeiter kann, so heißt es in der Verordnung, das Feldarbeitergesetz nicht angewendet werden. Bestraft sollen „nur“ solche Leute der streikenden Arbeiter werden, die gegen die persönliche und Vermögenssicherheit der Arbeitgeber oder der arbeitswilligen Arbeiter gerichtet sind, oder diese in ihrer freien Entschliessung zu behindern, trachten. Solche Erscheinungen sollen die Behörden und „die inter-effizierten gesellschaftlichen Kreise“ zur Anzeige bringen. Es wird dazu aufgefordert, daß die Ortsbehörden mit den strengsten Mitteln vorgehen und die Elemente entfernen, welche die Arbeiter zu solchen ungesetzlichen Handlungen verleiten. Das letztere richtet sich gegen die Streik-leiter. Den Arbeitern sollen ihre Führer entrisen und ins Gefängnis gesteckt oder per Schuß fortgeschafft werden, damit sie führerlos sind und sich den Wünschen des Unter-nehmeriums fügen. Die „Volksstimme“, das Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Ungarns, kennzeichnet die Verordnung wie folgt: „Was an Jesuitismus, an spezifisch-ungarischen Liberalismus und an asiatischer gewalttätiger Niedertracht in eine Verordnung hinein zu zwingen möglich war, das haben die Minister fertig gebracht.“

Genosse Dr. A. Winter soll, wie bürgerliche Blätter melden, auf Veranlassung der Stadt Brunn (Oberöhl) in der Provinzial-Veranstaltung zu Rhynd untergebracht worden sein. Die gegen ihn noch schwebenden Strafverfahren sollen aus diesem Grunde bereits eingestellt worden sein.

Bei der Bürgerwahlenwahl in Ronneburg (Sachsen-Mittelelbe) siegen die sozialdemokratischen Kandidaten über die gegnerischen mit dreifacher Majorität.

Parteitag der polnischen Sozialdemokratie. Aus Krakau wird gemeldet: Der Kongress der sozialistischen Partei Galiziens und Schlesiens erklärte sich nach einer lebhaften Debatte mit 52 Stimmen für ein Bündnis mit der sozialistischen Partei Russisch-Polens, die unter anderem die politische Unabhängigkeit Polens als Programmpunkt aufstellt, und mit der sozialistischen Partei Preussisch-Polens. Ein zweiter Antrag, der Parteivorstand möge eine Aktion zur Einigkeit aller sozialistischen Parteien Polens einleiten, wurde einstimmig angenommen. Mit überwiegender Majorität wurde weiter ein Antrag des Parteivorstandes angenommen, der sich gegen die Bestrebungen, eine besondere jüdisch-sozialistische Partei zu gründen, richtet. In geheimer Sitzung wurden Preskangelagenheiten besprochen. In der öffentlichen Sitzung wurde unter anderem gegen die Auslieferung russischer Deserteure durch einige galizische Bezirkskommandos protestiert und beschloffen, nach Möglichkeit den Deserteuren materielle Hilfe zu leisten.

Bei der Gemeinderatswahl in Apolda wurde der Genosse Reichstagsabgeordneter Daudert, der dem Gemeinderat nur 13 Jahre angehört, mit 1559 Stimmen wieder gewählt. Er erhielt damit, wie vor 3 Jahren, von allen Gewählten die höchste Stimmenzahl. Um die 8 Mandate bewarben sich nicht weniger als 38 Kandidaten.

Eingestelltes Verfahren. Wie aus Eberfeld gemeldet wird, ist der seiner Zeit von der Staatsanwaltschaft gegen die Redakteure Genossen Ray von der „Verglichen Arbeiterstimme“ und Arlt von der „Freien Presse“ wegen Majestätsbeleidigung eingeleitete Verfahren eingestellt und der Straftrag seitens der Staatsanwaltschaft nunmehr zurückgezogen worden. Es handelt sich um die bekannte Notiz von dem Halbbruder Wilhelm II.

## Aus Nah und Fern.

Preussische Schulzustände. In dem dicht bei Ra-

## Die Hasen des Herrn von Bredow.

Roman von Willibald Alexis (W. Häring).

(60. Fortsetzung.)

Der rasche und ungehämte Jüngling schloß fort, daß heißt die Heiligen woben um ihn den Schein eines Schlafenden, damit er die Ratsschlüsse der Gottlosen ganz anhöre. Welches Meer unergündlicher Wunder tut sich vor uns auf. Warum gerade an dem Ort, daß ihn die unbegreifliche Schwachheit besiel, wo die unbegreifliche Lücke der Hasen Hates pflog? Einen Augenblick zu früh, einen Augenblick zu spät, und du, mein teures Vaterland, müßtest dich einhüllen in schwarze Trauergewänder um den besten Fürsten. Schon hatte Satan die Brust dort im Kloster Sehnen mit seinen Krallen aufgerissen, aber der Engel Michael rief sie wieder zu mit seiner ehernen Fesse. Wie aber schlug er die Kuchel mit Blindheit, welches Mystertium, daß sie in dem Schlimmeren einen der Ihrigen zu erkennen glaubten? Hatte er sich etwa verkleidet, entpfeilt? Nein, arglos lag er da, ganz er selbst. Aber die Heiligen, die über ihm schwebten, hatten ihn verwandelt vor ihren Blicken. Aber warum stießen sie ihn nicht an, die Missetäter, warum weckten sie ihn nicht? Beschlich sie denn gar kein Argwohn, der doch dem Einfältigsten unter uns kommen würde, wenn wir zu einer nachfolgenden Tat in nächstlicher Stunde versammelt wären, und einer schlief unter uns, dessen Gesicht wir nicht einmal sehen? — O fragt, fragt doch in alle Ewigkeit. Die Gläubigen fragen nicht, sie wissen, daß der Herr die nicht antauchen läßt, die er erkoren zu Rettern Israels. Fragt ihr nicht auch: Wie doch kam es, da die Rote Korah vor ihm aufbrach, gestredten Lufes, das vatermörderische Schwert in der Faust, daß er, der nach ihnen sattelte und ausritt, auf demselben Wege, sie überholte, er ritt mitten durch sie, wie ein Windhauch durch die Ähren, sie sahen ihn nicht, sie lächelten ihn nicht, sie hörten ihn nicht. Nur ein Schamern

durchstößte sie. Sein Pferd, blutig gepornt, leuchtete, es wäre gefürzt, wenn die Engel es nicht gehalten. Dort fand er seinen Fürsten, nur mit wenigen Begleitern, die lustig umher tummelten, wie Jäger Art ist vor dem lustigen Weidwerk. Unter hoher Landesherr nur sprach mit meinem frommen Bischof von Brandenburg, dem Gott ein langes Leben schenke, gewiß tiefinnige, gelehrte fromme Gespräche. Da leuchtete ein Ritter an. Sein Kopf fürzt, er auch; er erhebt sich wieder. Er strahlt beide Arme empor, er will sprechen, aber die Stimme versagte ihm. Dennoch spricht er, die Gedanken, die in ihm würgen, werden zu Worten: „Zurück! Fliehe, Fürst! Verräter, Mörder lauern dein im Walde!“ Und der fromme Bischof Scultetus wendet des Herrn Kopf: „Das hat Gott gesprochen.“ Da befinnt sich unser durchglanzigster Herr, als sie dem Tor schon wieder nahe sind. Rasch kehrt er sein Kopf: „Ein Fürst soll nicht fliehen vor Mördern; er soll sie suchen gehen!“ Wer hätte sich unterfangen, ihn in seinem gerechten Jorne zu halten? Da führt der Zufall, sagt die Weisheit der Kinder dieser Welt, die geharnischten Dreihundert, die Kurt Schlabrendorf einäuben will, zum Köppler Tor hinaus. Nun, wer den Engel Michael mit flammendem Schwert nicht sehen will, der sehe diese wadere Schaar, vom Zufall geleitet, ihrem Fürsten folgen. Scham, wie ihre glänzenden Panzer, ihre Schilde und Helme durch die Hitze flimmern; die Kröhen und Raben schreien auf vor dem Glanze, die siebzig Mörder sahen sie nicht; vor dem Klirren der Stahlkränzen, vor dem Geis und Extrampel der zwölfhundert Hufen flohen die Hirsche, man sah die Hasen ins Wasser springen, die Vögel entflohen, die Mäuler hörten nicht, und flohen nicht. Sie ließen sich zwingeln wie ein blüdes Tier. Siebzig Dolche, siebzig Schwerter, siebzig Streikdörge, siebzig zweifelhafte Wofenwichter wehrten sich nicht. Sie ließen sich fangen, binden, führen, richten, ohne einen Schwertschlag. Wer blende, betäubte, lähmte sie, die sich vermaßen, unsern Fürstlichen umzubringen, und das Reich umzubringen? —

O Berlin, Berlin, du große, reiche, sündhafte Stadt, wenn einst der Arm, der jene blende, belämbte, lähmte, drohend über dir sich erhöhe, würden alle die Sünder, die in dir atmen, auch wie jene trocken und fluchen, blind und taub, bis der Engel sein Feuer Schwert über euren Häuptern zückt? Würdet ihr da erst schlöktern in eure Kniee sinken, zerschmettern vor eurem Schuldbewußtsein, und die Voten feines Jornes sind doch schon da! Hat der Sturm nicht eure Dächer abgedeckt, hat er nicht die Seeraben ins Land geführt, haben die Dohlen und Raben nicht Krieg geführt in den Lüften, hat es nicht blutige Kreuze geregnet in der Brügeln, in der Uckermark, im Lande Ballin, drüben im Teltow und hüben im Barnim. Dir, dir, dir da fielen sie aufs Busentuch, dir auf den Nacken. O schon dich nicht um nach der Nachbarin, ich sehe die Male auf deiner eigenen Haut. O reißt doch die Augen auf, öffent die Ohren, die Zeichen sind furchbar, es kommt heran die Rute des Jornes. O ihr Geliebten, verläumt nicht die Stunde, nicht die Minute, denn sie ist losbar, belet zum Schupp Patron dieser Kirche, daß der heilige Nikolaus Fürbitte für euch einlege, bei der allerheiligsten Mutter Gottes. — Hört, hört! Wieder schallt das Sterbeglöklein, wieder werden ihrer hinausgeführt zum letzten, schwerem Gange. Auf eure Kniee ihr alle, betet für sie, ihr betet auch für euch, denn in weissen Herzen liegen nicht auch arge Gedanken auf gegen die geheiligte Person unseres gottgeweihten Fürsten. Es sind nicht diese unabhängigen Schloßherren allein, nicht diese Landschäbiger nur, die ihm Verderben brüteten; schaut in eure Herzenskammern, ihr Reichen, ihr Ueberwältigen, findet ihr nicht auch da grollende Gedanken? Und wahrlich, ich sage euch, es gibt kein ärger Verbrechen, nächst Regerei und Ungehorsam gegen Gott, als übel zu denken von der Obrigkeit, die er hat eingesetzt. Wozu setze er sie ein? — Ich will es euch sagen. Wie die Kirche und ihre Priester denken und sorgen für das Heil deiner Seele, soll der Fürst denken und sorgen für dein Irdisches. Uebernommen bist du durch

